

## **Kampf um die Werbefreiheit: Hamburgisches Verfassungsgericht prüft Volksinitiative**

Hamburgisches Verfassungsgericht prüft Initiative gegen Werbeflut - Entscheidung am 6. September. Senat klagt wegen Einnahmeverlust und Grundgesetzverstoß. Reduzierung von Werbeflächen in Hamburg im Fokus.

### **Umgang mit der wachsenden Werbeflut in Hamburg**

Die Diskussion über die Initiative „Hamburg werbefrei“ hat die Stadt Hamburg in den Fokus gerückt. Die Bürgerinitiative strebt eine deutliche Reduzierung der Werbeflächen in der Stadt an, insbesondere im digitalen Bereich. Im Zentrum stehen dabei die ästhetische Belastung des Stadtbildes und die Sorge um den Schutz der Grundrechte der Bürger.

Die Initiative sammelte im Oktober 2022 rund 15.000 Unterschriften für ein Volksbegehren, nachdem die Bürgerschaft sich gegen ihre Unterstützung entschieden hatte. Die Bürgerinnen und Bürger von Hamburg zeigten damit ihren Wunsch nach einer Veränderung im Umgang mit Werbung im öffentlichen Raum.

Auf der anderen Seite klagt der Senat gegen die Initiative und argumentiert, dass die geplanten Maßnahmen zu potenziellen Einnahmeverlusten für die Stadt führen könnten. Zudem könnten Grundrechte, insbesondere das Eigentumsrecht, durch die Initiative verletzt werden. Diese verschiedenen Standpunkte wurden bei der Verhandlung vor dem Hamburgischen

Verfassungsgericht intensiv diskutiert.

Das Gericht prüft nun, ob Teile der Volksinitiative „Hamburg werbefrei“ rechtlich zulässig sind. Die Entscheidung, die am 6. September erwartet wird, könnte weitreichende Auswirkungen auf den Umgang mit Werbung in Hamburg haben und möglicherweise auch in anderen Städten als Präzedenzfall dienen. Es bleibt abzuwarten, wie das Gericht die Balance zwischen dem öffentlichen Interesse am Schutz des Stadtbildes und den potenziellen wirtschaftlichen Auswirkungen für die Stadt bewerten wird.

- **NAG**

Details

**Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](http://n-ag.de)**